

Die "Freiheit" erscheint morgens und nachmittags, Sonntags und Montags nur einmal. Der Bezugspreis beträgt bei jeder Lieferung im Voraus für Groß-Berlin 10 M., im sonstigen Gebiet 12 M. ...

Die schließliche Kompensationsliste über den Raum kostet 1.- M. einschließlich Steuerungsgebühr. Kleine Anzeigen: Das setzgedruckte Wort 1.- M., jedes weitere Wort 1/2 M. ...

Freiheit

Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Notenwechsel über Oberschlesien

Eine französische Note

Berlin, 23. Mai.

Der französische Botschafter hat am 19. Mai nachfolgende Note dem Herrn Reichskanzler überreicht:

Berlin, den 19. Mai 1921.

Herr Reichskanzler!

Euerer Excellenz haben wir gestern von den Maßnahmen Kenntnis gegeben, die das Reichswehrministerium getroffen hat, um die Bildung von Freikorps zu verhindern, und die das Reichsverkehrsministerium verfügt hat, um jegliche Beförderung von Freiwilligen und Waffen nach Oberschlesien zu untersagen.

Nach den mir zugegangenen Informationen sind diese Maßnahmen zu spät getroffen worden, um das Eindringen bedeutender bewaffneter Kontingente von außerhalb nach Oberschlesien zu verhindern. Die in der Gegend von Kreuzburg, unter dem Befehl von Arnim vereinigten Freikorps, sollen mehr als 8000 Mann zählen. Gleichfalls wird die Anwesenheit der Freikorps von Aulok bei Oppeln und Schmidt bei Krappin gemeldet. Die Gruppe Kattow, die einen täglichen Bericht veröffentlicht, soll über 9000 Mann und mehrere Kanonen verfügen.

Die erste Maßnahme, die diese Lage gebieterisch erfordert, ist die strenge Abschließung der Grenze zwischen dem deutschen Gebiet und dem Abstimmungsgebiet durch die deutschen Behörden. Die polnische Regierung hat bereits einer derartigen an sie gerichteten Aufforderung entsprochen.

In zweiter Linie wäre ich Eurer Excellenz dankbar, wenn Sie die zuständigen Behörden anweisen wollten, der Interalliierten Kommission die Aufgabe der Lebensmittelversorgung zu erleichtern.

Schließlich muß ich erneut darauf bestehen, daß die Reichsbank angefordert wird, unverzüglich die zur Bezahlung der Arbeiter notwendigen Fonds nach Oberschlesien zu entsenden. Nach den Angaben, welche die Delegationsräte Richard Meyer und von Wollte gestern abend dieser Botschaft gemacht haben, soll diese Sendung an die zweiseitige Bedingung geknüpft sein, daß die Kommission die petuniäre Verantwortung für die Bewerksstellung ihrerseits übernimmt, und daß die Zahlung auf gewisse Beträge beschränkt werden, die nach Ansicht der deutschen Vertreter der Kontrolle der Insurgenten entzogen sind. Dieser Anspruch ist mit dem Buchstaben und Geist des Vertrages unvereinbar, wonach die Regierungskommission als Vertreterin der alliierten Mächte die ausschließliche Verantwortung für die Aufrechterhaltung der Ordnung trägt. Unter diesen Umständen ist die deutsche Regierung gehalten, sich auf die Kommission zu verlassen, die Bezahlung und die Verteilung der Fonds nach ihrem Ermessen sicherzustellen. Würden die verfallenen Löhne weiterhin zurückgehalten werden, so würde sie sich schwerlich dem Vorwurf entziehen können, die allgemeine Wiederaufnahme der Arbeit unmöglich zu machen und die Anarchie zu verlängern, welche die Kommission zu unterdrücken bemüht ist.

Indem ich im Auftrage meiner Regierung die Aufmerksamkeit Eurer Excellenz auf diese verschiedenen Punkte lenke, zweifle ich nicht, daß Sie diese in dem verständlichen Geiste prüfen werden, von dem Ihre Politik getragen ist, und mit dem Wunsch, dazu beizutragen, daß ein Heerd von Unruhen ausgetilgt wird, der für den allgemeinen Frieden besonders gefährlich ist.

Gemügend Sie, Herr Reichskanzler den Ausdruck meiner ausgezeichneten Hochachtung

gez.: Charles Laurent.

Die deutsche Antwort

Hierauf ist dem französischen Botschafter heute folgende Antwortnote zugestellt worden:

Herr Botschafter!

Euerer Excellenz haben wir mit der Note Nr. 143 vom 19. d. M. die Fassung der französischen Regierung über gewisse Oberschlesien berührende Fragen übermitteln lassen.

Ich benutze gern jede Gelegenheit, um durch Erörterung mit den in Berlin beglaubigten Vertretern der beteiligten Regierungen die Möglichkeiten zu erschöpfen, den Brandherd in Oberschlesien zu beseitigen, dessen Fortbestehen, wie Eurer Excellenz mit Recht ausführen, den allgemeinen Frieden aufs schwerste gefährden muß. Eure Excellenz haben aus den Maßnahmen der deutschen Regierung ersehen, daß diese die Bildung von Freikorps auf deutschem Gebiet und den Übertritt vom nicht besetzten deutschen in das besetzte Gebiet nicht duldet.

Etwas ganz anderes ist der Selbstschutz, den die an Leib, Leben und Eigentum aufs höchste gefährdete Bevölkerung Oberschlesiens in Ermangelung jeglichen Schutzes durch die französischen Truppen und in berechtigter Notwehr gegen polnische Insurgenten von sich aus zu bilden genötigt war. Auf diesen aus dem Zusammenschluß der Bevölkerung hervorgegangenen Selbstschutz in einem Gebiet, das der Verwaltung der Interalliierten Kommission untersteht, hat die Deutsche Regierung keinerlei Einfluß. Die Deutsche Regierung hat über die bisher getroffenen bekannten Anordnungen hinaus aber Anweisungen erteilt, daß die zur Ueberwachung der Grenzlinie des besetzten Gebietes auf deutscher Seite vorhandenen Sicherheitsorgane, wesentlich verstärkt werden.

Eure Excellenz erwähnen, die polnische Regierung habe der Aufforderung zur Sperrung der Grenze entsprochen. Demgegenüber habe ich die Ehre, festzustellen, daß eine Verfügung der polnischen Regierung vielleicht ergangen sein mag, daß die Grenze aber tatsächlich völlig offen steht und tagtäglich der Übertritt von polnischen Soldaten, sowie der Nachschub von Munition und Materialien jeder Art für die Insurgenten erfolgt. Aus der Menge des hierüber vorliegenden Materials erwähne ich nur einen Vorfall, der sich in den letzten Tagen ereignet hat:

In dem noch im Nachbereich der Interalliierten Kommission befindlichen Kreise Kreuzburg haben in der Nacht vom 18. auf den 20. Mai 250 bis 300 Polen die Grenze überschritten und den Ort Kostaun angegriffen. Auch hier mußte der anwesende deutsche Selbstschutz eingreifen, um das Leben friedlicher ober-schlesischer Bürger zu schützen. Der Angriff konnte nur unter blutigen Verlusten abgewehrt werden, nachdem die eingedrungenen Polen im Dorfe Kostaun ein Gehöft in Brand gesetzt hatten.

In Uebereinstimmung mit Eurer Excellenz stelle ich mit Befriedigung fest, daß die Interalliierte Kommission für die Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung in Oberschlesien allein verantwortlich ist. Die Anarchie, von der in der Note die Rede ist, und die seit drei Wochen in Oberschlesien herrscht, sieht allerdings zurzeit in schärfstem Widerspruch zu den Verhältnissen, unter denen der Präsident der Interalliierten Kommission die Verwaltung des blühenden Landes im Februar vorigen Jahres übernommen hat.

Die Wiederherstellung der Ruhe ist auch nicht, wie es in der Note angedeutet ist, eine Frage der Wiederaufnahme der Arbeit. Denn es handelt sich gar nicht um einen Zustand wirtschaftlicher, sondern einzig und allein um einen solchen politischen Charakters. Der polnische Zustand bezweckt, unter Verletzung der Bestimmungen des Friedensvertrages und unter Verhöhnung jeden moralischen Rechtsempfindens die Vergewaltigung des ober-schlesischen Volkes. Die Leiden, welche die unglücklichen Bewohner von den mit grausamsten Raffinement vorgehenden Banden zu erdulden haben, sind unbeschreiblich. An der großen Anzahl von unerhörten Verbrechen sei hier nur an die vor wenigen Tagen durch die Polen erfolgte Mißhandlung der beiden Ingenieure Winkler und Lebde in Zieleschütze erinnert, die in der Turnhalle über ein Pferd gelegt und mit Peitschenhieben bis zur Bewußtlosigkeit geschlagen, dann wiederholt durch Erfrischungen zum Bewußtsein gebracht und daraufhin weitergeschlagen worden sind, so daß sie jetzt hoffnungslos darniederliegen.

Die deutsche Regierung ist kühnig bemüht, Mittel und Wege zu finden, um die unbeschreibliche Qual der ober-schlesischen Bevölkerung zu lindern. Sie ist in Uebereinstimmung mit Eurer Excellenz grundsätzlich bereit und gewillt, in jeder praktischen Weise, auch durch Lebensmittel und Geldsendungen, die Lage zu erleichtern. Es besteht jedoch nach der übereinstimmenden Ansicht aller beteiligten und sogar der unmittelbar betroffenen Kreise in Oberschlesien die objektive Unmöglichkeit für die Gewähr, daß Gelder oder Lebensmittel tatsächlich in die Hände der wirklich Empfangsberechtigten gelangen und nicht dem Zugriff der Insurgenten unterliegen. Der Präsident der Interalliierten Kommission verfügt wenige Kilometer hinter Oppeln über keinerlei Nachbesugnisse mehr und ist nicht in der Lage, seine etwa gegebenen Garantien in die Tat umzusetzen.

Auch die von ihm ausgestellten Bescheinigungen haben bei den polnischen Insurgenten, die teilweise beginnen, sich in unabhängige wilde Banden aufzulösen, keinerlei Geltung mehr. Dies zeigt sich deutlich zum Beispiel bei der Reise der vom General Le Rond nach Oppeln gebildeten Deputation der Arbeitervertreter aus Kattowitz. Trotz der Bemühungen des französischen Kreis-kontrolleurs, Major Saleron, wurde ihr die Abreise von den Polen zunächst überhaupt nicht gestattet. Die daraufhin von Major Saleron vom polnischen Hauptquartier persönlich erbetenen schriftlichen Ausweise wurden auf der Fahrt von dem polnischen Posten ebenfalls nicht anerkannt, so daß die Deputation wieder umkehren mußte. Auch der schließlich von dem polnischen Kreis-beirat Gornitz in Kattowitz in polnischer Sprache unterschriebene Ausweis genügte nur bis zu den ersten Postenstellen von Mikulitzsch. Von dort mußte sich die Deputation durch Verhandlungen von Ort zu Ort in polnischer Deputation bis kurz vor Oppeln durchsetzen.

Ein fernerer Beispiel für die völlige Ohnmacht der Interalliierten Kommission und ihrer Organe ist das am 14. d. M. durch die polnischen Insurgenten erfolgte Anhalten des Kobnitzer Transportzuges von etwa 700 Flüchtlingen, obgleich diesem Zuge freies Geleit seitens des polnischen Befehlshabers schriftlich zugesagt war, und obgleich der Zug unter militärischer Bedeckung von drei alliierten Offizieren und 50 französischen Soldaten fuhr. Bis auf die Frauen, Kinder und älteren Männer wurden alle Flüchtlinge verhaftet und vier Personen unterwegs im Walde bei Tarnowitz nach vorheriger schwerster Mißhandlung ohne irgendeine Veranlassung erschossen, darunter der 14jährige Gymnasiast Haase aus Anbnitz.

Den Ausführungen dieser Note werden Eure Excellenz entnehmen, daß die Deutsche Regierung alles zur Verbesserung der Lage in Oberschlesien zu tun bereit ist, soweit die tatsächlichen Verhältnisse es nicht unmöglich machen.

Die Deutsche Regierung will die Hoffnung nicht aufgeben, daß es den Bemühungen der Interalliierten Kommission gelingen wird, endlich Mittel und Wege zu finden, die ordnungsmäßige Gewalt in Oberschlesien wiederherzustellen und die Bevölkerung von dem Joche der polnischen Insurgenten zu befreien.

Ich benutze auch diesen Anlaß, um Ihnen, Herr Botschafter, die Verankerung meiner ausgezeichneten Hochachtung zu erneuern.

gez.: Dr. Wirth.

(Bessere Nachrichten Seite 2)

Ernennung des Außenministers

Berlin, den 23. Mai.

Der Reichspräsident hat den bisherigen Gesandten in Haag, Dr. Nojen, zum Reichsminister des Auswärtigen ernannt und den Reichskanzler von der Wahrnehmung der Geschäfte dieses Ministeriums entbunden.

Keine Dummheiten machen!

Die französische Kammer hat ihre Debatte über die auswärtige Politik vertagt, und die englische Regierung scheint damit einverstanden zu sein, so daß die endgültige Lösung der ober-schlesischen Frage dadurch eine neue Verzögerung erfahren hat. Wann der Oberste Rat endlich zum Vorkommen wird, ist danach völlig ungewiß. In der englischen Presse ist man ziemlich übereinstimmend der Meinung, daß Lloyd George fest bleiben müsse und keine Stellungnahme gegenüber dem ober-schlesischen Problem nicht verändern dürfe. Niemals habe der Premierminister, so schreibt der diplomatische Mitarbeiter des "Observer", die britische öffentliche Meinung geschlossener hinter sich gehabt als in der ober-schlesischen Frage. Wenn Paris und Warschau keine Achtung vor der britischen Ansicht und Ueberzeugung zeigten, so werde die Entente ein toter Buchstabe sein. Am Dienstag tritt das englische Parlament wieder zusammen. Ob es sich mit der ober-schlesischen Frage befassen wird, ist noch nicht bekannt.

Inzwischen ist ein lebhafter Notenwechsel zwischen den Alliierten auf der einen, zwischen der Entente, der französischen und der deutschen Regierung auf der anderen Seite im Gange. Dieser diplomatische Verkehr wird von einem privaten Meinungsaustausch zwischen französischen und englischen offiziellen Kreisen begleitet. Die Lösung der ober-schlesischen Frage wird aber durch diese Dinge in keiner Weise gefördert, es hat im Gegenteil den Anschein, als ob die Auffständischen, die schon vor einer Woche ihre Rückzug angekündigt hatten, die Uneinigkeit zwischen den Alliierten dazu benutzen wollen, um ihre Stellung aufs neue zu befestigen. Korfanty hat nach einer Meldung aus Paris einem Vertreter der "Chicago Tribune" bereits erklärt, daß das ober-schlesische Problem geeignet sei, ganz Europa in Brand zu setzen. Das läßt darauf schließen, daß die Auffständischen sich wieder außerordentlich sicher fühlen und nicht damit rechnen, daß ihnen die Alliierten mit Gewaltmaßnahmen entgegenzutreten würden. Sie finden darin Unterstützung bei der französischen Regierung, die jetzt von den anderen Alliierten verlangt, daß ein engeres Zusammenarbeiten der Mitglieder der Interalliierten Kommission in Oppeln herbeigeführt und bei den Auffständischen ein gemeinsamer Schritt unternommen werden soll. Wenn dieser französischen Forderung gefolgt wird, so würde das nichts anderes bedeuten, als daß der Zustand durch die Alliierten doch noch legalisiert wird. Daß aber die englische Regierung darauf eingehen wird, ist kaum anzunehmen; es wird im Gegenteil berichtet, daß im Laufe des Sonntags vier Bataillone englischer Infanterie auf den Weg nach Oberschlesien gebracht worden seien.

Die deutsche Regierung hat auf die Note der Interalliierten Militärkommission geantwortet, daß sie alle Maßnahmen gegen das Freiwilfigen wesen getroffen habe. Die bereits gebildeten Freikorps sollen aufgelöst, die Grenze des Abstimmungsgebietes soll für weiteren Zugang von Freiwilligen gesperrt werden. Das ist der einzige mögliche Standpunkt, den jetzt die Regierung einnehmen kann. Es hat aber den Anschein, als ob untergeordnete Behörden und Beamte den Anordnungen der Regierung nicht Folge leisten, denn der Werbeaufzug blüht weiter, und täglich muß von neuem über die Ansammlung und den Transport von Freiwilligenformationen berichtet werden. Besonders in Bayern scheint man auf die Reichsregierung pfeifen zu wollen. Wie unsere heutige Meldung aus Dresden besagt, hat der Durchzug von bayerischen Dr. geschleuten noch immer nicht aufgehört. Das läßt nicht darauf schließen, daß die Entwaffnung und die Auflösung der Einwohnerwehren und ähnlicher militärischer Organisationen, die nach den Forderungen des Ultimatums durchgeführt werden müssen, in Bayern eine glatte Erledigung finden werden.

Selbst in der nächsten Nähe der Regierung stößt man noch auf heimliche Waffenlager. So teilt die "Welt am Montag" mit, daß im vorigen Monat in dem Palais des Princes Albrecht in der Wilhelmstraße gut versteckt, folgende Vorräte gefunden worden seien: 304 Gewehre, 39 schwere, 8 leichte Maschinengewehre, 8 Granatrohre, 31 Kisten mit Munition, 50 Gurte, 184 Helme und 38 Handgranaten. Bisher hat man nicht erfahren, was gegen die Leute, die dieses Waffenlager unterhalten haben, unternommen worden ist. Unwiderrspochen geblieben sind auch die Meldungen, wonach an mehreren Stellen des ober-schlesischen Grenzgebietes große Waffenvorräte angehäuft sein sollen. Die Passivität der Regierung gegenüber diesen Tatsachen ist nicht nur gefährlich für unsere internationale Stellung, die Regierung selbst wird durch solche Treibereien der Orgeschleute aufs Höchste bedroht. Denn es kann keinem Zweifel unterliegen, daß unter dem Vorwand der "Rettung Oberschlesiens" eine neue gegenrevolutionäre Aktion vorbereitet wird.

Die Arbeiterorganisationen haben nunmehr dafür zu sorgen, daß den Anordnungen der Regierung kein Widerstand entgegengesetzt wird. Jeder Transport von Freiwilligen und von Waffen nach Oberschlesien muß unterbunden werden. Die Betriebsräte und Funktionäre insbesondere der Eisenbahner müssen eine strenge Kontrolle über alle Bewegungen nach Schlesien ausüben. Es

steht fest, daß falsche Reiseziele angegeben werden, daß man die Bewegungen der Freiwilligen mit falschen Legitimationen zu decken sucht. Schärfste Aufmerksamkeit gegenüber diesen Treibereien ist notwendig. Wenn die Regierung ihre Anordnungen nicht auf dem Papier stehen lassen will, so hat sie die Pflicht, die Arbeiterorganisationen zur Ausübung dieser Tätigkeit ausdrücklich zu autorisieren.

Trotz des jetzt scheinbar ungünstigen Standes der ober-schlesischen Frage, muß immer wieder betont werden, daß die deutsche Regierung zu ihrer Entwirrung nichts anderes beitragen kann, als daß sie sich genau an den Wortlaut des Friedensvertrages hält und den Alliierten die Verantwortung für die Wiederherstellung der Ordnung selbst tragen läßt. Sie darf sich darin auch nicht durch das Geschrei der nationalistischen Presse beirren lassen. Wenn die deutsche Politik in der jüngsten Zeit im Ausland wieder mehr Verständnis gefunden, wenn man besonders in England das französische Säbelgerassel zurückgewiesen hat, so ist das lediglich der bisherigen Haltung der Regierung Wirth zu danken. Sie würde unsere internationale Lage nur wieder verschlechtern, wenn sie irgend etwas unternähme, was gegen den Friedensvertrag verstößt und was den Anschein erwecken könnte, als ob sie unter neuen Vorwänden die Ausführung der Forderungen des Ultimatums verhindern wolle.

Wir wären nicht in die jetzige Situation hineingeraten, wenn die Vorgängerin der heutigen Regierung rechtzeitig das einzig mögliche getan hätte, nämlich eine direkte Verständigung mit den Polen über die Zukunft Oberschlesiens herbeizuführen. Was wir jetzt dort erleben, ist nur eine Folge dieser Unterlassung. Und die Leute, die jetzt am lautesten darüber schreien, tragen die größte Schuld daran, daß es soweit gekommen ist. Nun aber dürfen nicht neue Dummeheiten gemacht werden!

Eine französische Note an England

Paris, 22. Mai.

Nach einer Havasmeldung hat der französische Botschafter in London gestern Abend im Auswärtigen Amt eine Note über Oberschlesien überreicht, in der kurz darauf hingewiesen wird, daß die Lage in Oberschlesien sich verschlechtern könne angesichts der Haltung der deutschen Korps, die dort gegen Verstärkungen erhielten, und angesichts der Stimmung der Arbeiter, die in Bolschewismus umschlagen könne, und auch im Hinblick auf die Schwierigkeiten einer Intervention bei dem ausstehenden Ausschuss der Polenbewegung und den Deutschen. Die Note schlägt deshalb vor, der englische Botschafter in Berlin, Lord Aberdeen, möge einen Schritt des französischen Botschafters unterstützen, um im Interesse der Alliierten bei der deutschen Regierung vorstellig zu werden, damit sie die angekündigten Maßnahmen ausführe.

Paris, 22. Mai.

Einer Havasmeldung aus London zufolge hat der französische Botschafter gestern im Auswärtigen Amt nachdrücklich auf die Notwendigkeit hingewiesen, ein engeres Zusammenarbeiten der Mitglieder der Interalliierten Kommission in Opatowitz herbeizuführen zwecks Wiederherstellung der Ordnung, die durch einen gemeinsamen Schritt bei den Aufstrebenden wesentlich erleichtert werden könnte. Bekanntlich hat, heißt es in der Havasmeldung weiter, der britische Vertreter bei der Kommission, Oberst Percival, bisher keinerlei Unterhandlungen mit den Aufstrebenden begonnen wollen, weil er der Auffassung ist, daß ein solcher Schritt schließlich zu einer Anerkennung ihrer Autorität führen würde.

Eine Untersuchungskommission des Internationalen Gewerkschaftsbundes

Amsterdam, den 21. Mai 1921.

Der Vorstand des Internationalen Gewerkschaftsbundes hat in seiner gestrigen Sitzung auch zu dem polnischen Zustand in Oberschlesien und zu den vorgekommenen feindseligen Handlungen zwischen polnischen und deutschen Arbeitern Stellung genommen. Wie der Sekretär Dudgeest mitteilte, hatten sich die von den deutschen Gewerkschaften eingereichten Beschwerden über den polnischen Terror so sehr gehäuft, daß das Bureau sich entschloß, die Zentralkommission der polnischen Gewerkschaftsverbände in Warschau und eine Kommission aus Oberschlesien zu der Vorstandssitzung zuzuziehen. Die ober-schlesische Kommission konnte jedoch nicht nach Amsterdam kommen, weil, wie Veipart namens des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes in der Sitzung mitteilte, infolge der polnischen Beziehung keine Verbindung mit den Genossen in Oberschlesien herzustellen war.

Veipart erhob lebhaftige Beschwerden über die polnischen Gewalttätigkeiten und deren Begünstigung durch die französische Besatzung, aber auch über die polnischen Gewerkschaften in Oberschlesien, die schon in einem Rundschreiben vom 22. März gegen alle deutschen und polnischen Arbeiter, die bei der Abkündigung am 20. März für Deutschland votiert hatten, die Drohung richteten, daß „diese Knechte damit ihr eigenes wirtschaftliches Todesurteil gesprochen hätten“. Das sollte heißen, wie es weiter in dem Rundschreiben auch offen ausgesprochen war, daß man ihre weitere Beschäftigung im ober-schlesischen Industriegebiet nicht zulassen werde. Der Vertreter der Gewerkschaften Polens, Zutawoski aus Warschau, behauptete die polnische Organisation, die dieses Rundschreiben erlassen hat, als eine gelbe und nationalistische Gewerkschaft. Er behauptete die vorgekommenen Gewalttätigkeiten und hielt den ganzen Zustand für überflüssig und daher zwecklos, lehnte es aber ab, die beteiligten Leute schon zu verdammen, weil man sie erst hören müsse. Weiter behauptete der Vertreter Polens, daß auch die deutschen Arbeiter nicht schuldlos seien, sondern daß auch ihnen Gewalttätigkeiten gegen polnische Arbeiter nachgewiesen werden könnten. So war seine Rede, wie der Vertreter Deutschlands in seiner Erwiderung feststellte, im Grunde genommen doch nur eine Verteidigung des polnischen Zustandes.

Auch Dudgeest meinte deshalb am Schluß der mehrstündigen Aussprache, er hätte gewünscht, daß Zutawoski weniger nationalistisch gesprochen hätte. Das Ergebnis der Beratung war, daß der Internationale Gewerkschaftsbund eine aus Louvain-Paris, Williams-London und Himmels-Amsterdam bestehende Untersuchungskommission baldmöglichst nach Oberschlesien entsendet, die dort an Ort und Stelle in Gegenwart von deutschen und polnischen Gewerkschaftsvertretern die nötigen Feststellungen für eine objektive Beurteilung der Schuldfrage vornehmen soll.

Gegen den Verbeugung

Das Auswärtige Amt hat auf die Note der Interalliierten Militärkontrollkommission vom 14. Mai über die Rekrutierungen für Oberschlesien folgende Antwort erteilt:

Die deutsche Regierung teilt vollkommen die in Ihrer Note vom 14. Mai ausgesprochene Auffassung, daß die Anwerbung von Freiwilligen für Schlesien und die Bildung von „Freikorps“ oder ähnlichen Formationen aus solchen unzulässig ist. Sie hat deshalb bereits am 19. Mai den in Abschrift beigelegten Aufruf erlassen, in dem sie derartigen Bestrebungen ganz entschieden entgegen-

getreten ist. Schon vorher hatte der Reichswehrminister die zuständigen militärischen Stellen nachdrücklich angewiesen, daß die Bildung etwaiger Freiwilligenformationen mit allen Mitteln zu hindern sei, um das Wiederaufleben des Freikorpswesens im Reime zu unterdrücken. Den in diesen Rundgebungen ausgesprochenen Grundtönen entsprechend, werden die deutschen Behörden mit größter Strenge gegen solche Anwerbungen und Zusammen-schließungen vorgehen. Die Handhabung dazu bieten einmal die §§ 127, 110 des deutschen Strafgesetzbuches, wonach die unbefugte Bildung bewaffneter Haufen und der Anschluß an solche sowie die öffentliche Aufforderung zu geschwäglichen Handlungen mit Gefängnis bedroht ist, ferner das Gesetz vom 22. März 1921, das die Auflösung der Vereinigungen gestattet, die mit den Vorschriften der Artikel 177, 178 des Vertrages von Versailles im Widerspruch stehen.

Die Polizei und die Gerichtsbehörden sind angewiesen, von den angezogenen Bestimmungen des Strafgesetzbuches unnachlässig Gebrauch zu machen, und zwar namentlich auch gegen Zeitungen, in denen Verbeugungen erscheinen. In Fällen, in denen sich unzulässigerweise angeworbene Freiwillige bereits zu Freikorps zusammengeschlossen haben sollten, wird deren Auflösung durch die Landesregierung erfolgen. Um den Zugang von Freiwilligen zu solchen Zwecken nach Oberschlesien zu verhindern, sind Maßnahmen im Gange, durch die die Grenze des Abstimmungsgebietes für sie gesperrt werden soll.

Keine Verbindung mit Oberschlesien

Das Reichspostministerium teilt mit: Der telegraphische Verkehr des Berliner Haupttelegraphenamtes mit Oberschlesien beschränkt sich auf die Verbindung mit Oppeln-Stadt, nachdem das Telegraphenamt in Breslau gestern Abend nach Berlin mitgeteilt hat, daß es, von dieser Verbindung abgesehen, vollständig von Oberschlesien abgeschnitten sei und solche Telegramme von Berlin nicht mehr annehmen könne. Das Berliner Haupttelegraphenamt ist auch ohne Verbindung mit Budapest, Brunn und Krakau, weil seine dorthin führenden Leitungen in Oberschlesien gestört sind.

Die Protestversammlung für Oberschlesien

Die für Sonntag vormittag nach der Philharmonie einberufene Protestversammlung gegen eine Vergewaltigung Oberschlesiens wurde vom Reichstagspräsidenten in Löbe geleitet. Ludwig Wöllner trug ein ober-schlesisches Gedicht vor. Weiter sprachen: der Präsident der preussischen Landesversammlung, Leinert, der 2. Vorsitzende des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, Graumann, der Präsident der Handelskammer zu Berlin, Franz von Mendelssohn, der Generalsekretär des Gesamtverbandes der Christlichen Gewerkschaften, Baltrusch, der Generalsekretär des Zentralverbandes des deutschen Großhandels, Abg. Reinath, der Vertreter des Deutschen Gewerkschaftsrings (Christlich-Deutscher Gewerkschaften), Hartmann, und Walter Raebena als Vertreter der Industrie. Sie alle erhoben — von den verschiedensten Gesichtspunkten aus die ober-schlesische Lage betrachtend — im Namen der von ihnen vertretenen politischen Gruppen, Vereine, Verbände und Organisationen Protest gegen die korruptive Gewaltmethode und die französische Begünstigungspolitik. Sie verlangten einmütig, daß Oberschlesien, gemäß den Bestimmungen des Friedensvertrages und dem Ergebnis der Abstimmung, ungeteilt beim Deutschen Reich verbleibe. Sämtliche Redner erklärten übereinstimmend ihre Bereitwilligkeit, die durch die Annahme des Ultimatums eingegangenen Verpflichtungen restlos zu erfüllen; jedoch betonten sie, daß das deutsche Volk auch Gerechtigkeit und Unparteilichkeit vom Obersten Rat für Oberschlesien erwarten müsse. Ein aus Oberschlesien gestellter Vertreter der Metallarbeiter, Hänke, schilderte zum Schluß die Handlungen der Polen.

Wir haben unsere Stellungnahme zu dieser Versammlung und zu den von ihr aufgestellten Parolen bereits eindeutig dargelegt. Nichtsdestoweniger müssen auch wir von den Alliierten verlangen, daß sie die ihnen durch den Friedensvertrag auferlegten Verpflichtungen erfüllen, in Oberschlesien für die Wiederherstellung der Ordnung Sorge tragen und endlich die Entscheidung über die künftige staatliche Zugehörigkeit Oberschlesiens fällen.

Drageschleute unterwegs!

Der Hauptbetriebsrat bei der Eisenbahnverwaltung Dresden teilt uns unterm 21. Mai mit:

Wie schon am 19. Mai, passierte heute wiederum mit dem Schnellzug 7.15 Uhr ein Transport 100 Mann angeworbene Drageschleute den Bahnhof Dresden-N. Bei dem Transport befanden sich 17 Risten Handgranaten, die aber durch obere Eisenbahnbeamte, trotzdem sie von den Betriebsräten auf den unvorschriftsmäßigen Transport aufmerksam gemacht worden waren, doch weitergeleitet wurden, in der Richtung nach Breslau. Ein von den Hauptbetriebsräten verständigter Beamter der Generaldirektion erklärte, telegraphisch die Anhaltung des Zuges in Bauen angeordnet zu haben. Der Präsident der Verwaltung war nicht zu erlangen. Trotzdem ist dieser Zug ohne Untersuchung durch Bauen durchgeleitet worden. Ein am Gepäckwagen postierter Drageschleuter, der vom Transportleiter beauftragt war, darüber zu wachen, daß die beim Packmeister befindliche Munition nicht entladen würde, blieb in Dresden-N. zurück. Seine Vernehmung durch Angehörige der sächsischen Landespolizei im Beisein der Betriebsräte und Parlamentsvertreter hat folgendes ergeben:

Durch Aufrufe in den bayerischen Zeitungen werden ehemalige Angehörige von weingardistischen Formationen aufgefordert, sich bei der Werkstelle des Vereins heimattreuer Oberschlesier zu melden. Die Leitung dieser Werkstelle liegt in den Händen eines Oberleutnants. Bei Meldung wird den Leuten ein Schein folgenden Inhalts ausgehändigt.

Ausweis.

Der ist gebürtiger Oberschlesier und zur freien Fahrt nach seiner Heimat berechtigt.

Berein heimattreuer Oberschlesier, Ortsgruppe München.

Es wird ihnen in vorläufiger Form zu verstehen gegeben, daß Nichtmeldung oder Entfernung von der Truppe kriegsgerichtlich bestraft wird und sie gegen Polen kämpfen sollen. Als Entlohnung wird ihnen pro Tag 70 M. zugesichert, in der Gegend von Breslau sollen sie eingekauft werden. Der Abtransport von München geschieht, indem sie immer zu zwei Mann, in größeren Abständen und verschiedene Bahnsteigsperrten benutzend, mit dem angegebenen Ausweis passieren. Zu verpflegen haben sie sich selbstständig auf fünf Tage. Waffen erhalten sie bei der Abfahrt nicht, doch werden diese wie auch Munition auf außerhalb Münchens liegenden Stationen zugelassen. Während der Fahrt ist ihnen vom Transportführer bekanntgegeben worden, daß die Entlohnung bloß 40—50 M. beträgt und sie verpflichtet sind, gegenüber aufstehenden Personen sich über Zweck und Ziel der Reise nicht zu äußern. In Dresden haben sich noch Studenten zu dem Transport hinzugesellt. Soweit die Aussage des zurückgebliebenen Drageschleuters.

Weiter ist bekanntgeworden, daß ehemalige Studenten der Ehrhardtgruppe seit kurzem von Dresden verschwunden sind in Richtung München. Ein weiterer Transport wurde in Dresden heute Abend 7.35 Uhr ermarzt; wir hoffen, mit Unterstützung der sächsischen Regierung die Transporte aufzulösen.

Was man sonst nicht hörte

Beginnende Einsicht

Das Berliner Zentrumsorgan „Germania“ veröffentlicht, ohne sich mit allen Ausführungen des Verfassers einverstanden zu erklären, einen Aufsatz eines angesehenen deutschen Universitätsprofessors, der die französische und deutsche Mentalität untersucht und scharfe Kritik sowohl an der einen wie an der anderen übt. Es heißt da u. a.:

„Doch kehren wir nicht bloß vor der Fremden, sondern offen und ehrlich auch vor der eigenen Tür! Wird nicht auch auf deutscher Seite, wenn gleich nicht im selben Grade, manches entstellt oder verschwiegen, jedenfalls mit Vorliebe und Bedacht nur die eine Seite herausgeholt, die für sich allein genommen ein ganz schlechtes oder doch nur halbes Bild von der Wahrheit bietet? Am zunächst bei den negativen Manipulationen zu bleiben, wie wenig hört und liest man beispielsweise von der dräuenden, ja fast erdrückenden französischen Schuldenlast, die doch zur Erklärung des hartnäckigen und ungefühen Drängens auf die Reparationen wesentlich ist, an der wir überdies indirekt nicht ganz unschuldig sind! Wie wenig ist die Rede von unserer Mitschuld am Kriege und an seinen Zerstörungen, von dem das Urteil der Welt wie die reale Entschuldigungsverpflichtung fraglich mitbestimmenden Exzessen und Fehlritten unter dem alten Regiment aus unserer Seite! Auch die Korruptionssymptome im neuen Reich, mögen sie das Maß der französischen immer noch nicht erreichen, wollen wir weder rückwärts noch energisch genug ausräumen, obgleich sie mitschuldig an unserer geringen Leistungsfähigkeit und daher in der Beurteilung des gegenwärtigen Kontroversstoffes nicht zu umgehen sind: um nur die wirtschaftlichen zu erwähnen, die gewaltige Herabdrückung unserer Währung durch die unerhörte Papierinflation nach dem Kriege und all die Verwirtschlichung unserer öffentlichen Vermögens in den letzten Jahren!“

Noch interessanter ist das, was der Verfasser über das Anwesen des abstrakt-militaristischen Chauvinismus sagt, der die alten absolutistisch-militaristischen Zeiten zurückzuführen und einen Revanchekrieg vorzubereiten droht:

„Noch sind leider jene Kreise nicht tot, die uns durch ihre Extravaganzen in dieses nationale Unglück gestochen haben, und noch leben die Ideen, die uns vor dem Kriege in den Krieg und während desselben in immer schwierigeren Bewidlungen hineintrrieben. Ja, als ob sie gleich den Emigranten nichts gelernt und nichts vergessen hätten, erheben sie lauter und dreister denn je ihr Haupt und würden jetzt noch alles vor sich herschmeißen, wenn es auf sie ankäme, so daß wir daraus schließen können, wie es uns und der Welt ergangen wäre, in welche Sklaverei die Völker einschließlich des deutschen nach innen wie nach außen geraten wären, wenn diese Leute in einem siegreichen Deutschland das Fest in der Hand behalten hätten und am Ruder geblieben wären. Jetzt, wie ehemalige Generale und Offiziere, untreue Studenten und ideologische Professoren, abige Junker und reiche Großgrundbesitzer oder Industrielle mit dem ganzen Troß ihrer Anhänger und Trabanten, vor allem die Presseabenteurer, sie alle gebärden sich so, als ob Krieg und Revolution spurlos an unserem Volke vorübergegangen wäre.“

Es ist erfreulich, derartige Wahrheiten, die wir seit Jahr und Tag predigen, in dem Organ einer Partei zu finden, die bisher dem Kampf gegen die Reaktion aus dem Wege ging, ja noch vor kurzem die Hilfe der Deutschnationalen in Anspruch nahm, um das jetzige Kabinett in Preußen zu etablieren. Was sagt übrigens Herr Stegerwald zu der Charakteristik jener nationalistischen Kreise, um deren Vertrauen er mit so viel Erfolg geworden hat?

Der Beginn der Prozesse gegen die Kriegsverbrecher

Leipzig, 23. Mai.

Die Prozesse gegen die deutschen Kriegsverbrechenden haben heute vor dem Reichsgericht, 2. Strafsenat, unter dem Vorsitz des Senatspräsidenten Schmidt begonnen. Der erste Prozeß richtet sich gegen den früheren Unteroffizier und jetzigen Küfermeister Karl Hegnen aus Barmen wegen Gefangenennahmehandlung im Lager Horne. Anwesend waren Vertreter des Auswärtigen Amtes, des Reichsjustizministeriums und der englischen Regierung und Gerichtsbarkeit mit dem Solicitor General Sir Ernest Pollock an der Spitze. Die Anklage wird vom Oberreichsanwalt Dr. Ebermeyer vertreten.

Ein Staatsstreich in Portugal

Paris, 23. Mai.

Die Pariser Ausgabe der „Daily Mail“ meldet, es scheine sich in Lissabon ein Staatsstreich vollzogen zu haben. Den Monarchisten sei es durch Ueberraschung gelungen, alle Kabinettsmitglieder festzunehmen. Ein zweites Telegramm der „Daily Mail“ aus Lido besagt, Reisende, die diese Nacht aus Oporto angekommen sind, erklärten, am Samstag sei mit Unterstützung militärischer Elemente, unter dem Kommando von Machado de Santos, ein Aufstand ausgebrochen. Der Premierminister Bernardino Machado und alle Minister seien verhaftet worden. Die Bewegung werde von den monarchistischen Elementen unterstützt.

London, 23. Mai.

Wie die Blätter melden, ist der Sturz des portugiesischen Kabinetts durch eine Militärevolte herbeigeführt worden.

Die französischen Gewerkschaften und der Wiederaufbau

Paris, 22. Mai.

Das Komitee für den Wiederaufbau, das die C. G. T. eingeschaltet hat, um eine Organisation zu schaffen, die den Wiederaufbau fördert, wird nunmehr in den östlichen und nördlichen Departements 30 öffentliche Versammlungen veranstalten, um die Bevölkerung aufzufordern, das den Delegierten übertragene Mandat zu bekräftigen. Ministerpräsident Briand wird am Mittwoch die Leitung des Komitees empfangen, die ihm die Wiederaufbaupläne unterbreiten soll.

Landtagswahlen in Tirol

Innsbruck, 22. Mai.

Bei den Wahlen für den Landtag wurden in Nord-Tirol für die Tiroler Volkspartei 57 965, für die Großdeutsche Volkspartei 12 696, Sozialdemokraten 24 739, Nationalsozialisten 12 727 und für die Gruppe der Kriegssopfer 475 Stimmen abgegeben. 14 Stimmen sind noch aus.

Kein Konflikt in Brannschweig. Das Presseamt des Braunschweigischen Staatsministeriums verbreitet eine Mitteilung, daß trotz eines Konflikt zwischen dem Landtag und der Regierung nicht bestehe. Eine Meinungsverschiedenheit bestehe nur zwischen der Mehrheit der Landesversammlung und der Opposition. Die Anrufung des Staatsgerichtshofes durch die Minderheit des Parlaments entbehre jeder juristischen Grundlage.

Bezirksgeneralversammlung Berlin-Brandenburg

In der ordentlichen Generalversammlung des Bezirksverbandes Berlin-Brandenburg am Sonntag, gab zuerst Gen. Brühl den Geschäftsbericht.

Nach Erörterung der Wichtigkeit der neuen Stadtgemeinde Berlin und der Berliner Parteiorganisation...

der sozialistischen Regierung

die sich auf die freien Gewerkschaften, die freien Angestellten- und Beamtenorganisationen stützt, müssen wir feststellen, daß wir eigentlich im Kreise herumgegangen sind...

Bildungswesen

Ist mehr Achtung als bisher zu schenken. Die Vermittlung von Allgemeinbildung gehört nicht in das Programm unserer Bestrebungen. Das ist die vornehmste Aufgabe der sogenannten sozialistischen Weisheit im Stadtparlament...

Bericht der Preßkommission

gab Genosse Naag. Er gibt die Beschlüsse der Kommission bekannt. Die geringe Zahl der eingegangenen Beschwerden beweist, daß dem Parteiblatt eine freundliche Gesinnung entgegengebracht werde...

Diskussion

trifft Genosse Ritter, daß die Partei solche Augenblicke verpaßt habe, in denen sie Gelegenheit gehabt hätte, auf die noch fernstehenden zu wirken...

Arbeiterchaft der U. S. P. D. folgt. Durch Brechen von Abmachungen haben die Kommunisten jede Rücksichtnahme verscherzt...

Genosse Vedeboer: Von den 15 bei der Abstimmung über das Ultimatum fehlenden Reichstagsabgeordneten hat keiner böswillig gestimmt...

Neuwahlen

zeitigen folgende Ergebnisse: Besoldeter Vorsitzender: Genosse Keilke; unbesoldeter Vorsitzender: Genosse Koch; Sekretäre für Berlin: die Genossen Herbst, Müller, Schenk und Holz...

Groß-Berlin

Ein Idyll

Zu der unter obiger Ueberschrift gebrachten Notiz geht uns jetzt folgende Mitteilung zu, welche so recht zu dem ganzen geschilderten Vorgang paßt:

Wie sehr der Artikel „Ein Idyll“ das Richtige getroffen, geht daraus hervor, daß am Freitag gleich nach Erscheinen der Zeitungen einige Rollwagen vor dem Geschäft des Herrn Köhlschlächters Kleß, Reinholdsdorfer Straße 34, erschienen und den dort lagernden Morast wegbrachten...

Ergebnis der Elternbeiratswahl in Neukölln

Die am gestrigen Tage vollzogenen Wahlen stießen unter ungünstigen Umständen auf geringe Beteiligung. An unseren sechs westlichen Schulen betrug dieselbe im Durchschnitt kaum 40 Proz.

Abgegeben wurden an den sechs westlichen Schulen insgesamt 4485 gültige Stimmen; davon entfielen auf die Listen der U. S. P. D. 1680, K. P. D. 1848, S. P. D. 977, An Mandaten entfielen auf U. S. P. D. 47, K. P. D. 51, S. P. D. 26.

Parteiangehörige und -genossen, macht diesen Zufallsersolg der Kommunisten inwieweit durch angestrengte zielbare Tätigkeit in unseren Schulen...

Am Dienstag, den 24. Mai, abends 7 Uhr, findet eine Vollversammlung der gewählten Elternräte und sämtlichen Kandidaten in der Idealpassage statt.

Sittliche Verfehlungen mit Minderjährigen

Eine auffallende Verfehlung, die an den Fall des Millionärshausbesizers Franz aus der Wollstraße gemahnt, wurde in der Badenschen Straße zu Schneberg vorgekommen.

Die Dienststelle E. 11, 4 der Kriminalpolizei, die von diesen Gerüchten ebenfalls hörte, veranlaßte Beobachtungen, und es ergab sich, daß Jeannin, ein Mann von 45 Jahren, der aus Mülheim im Elsaß stammt...

Die Diensthilfe E. 11, 4 der Kriminalpolizei, die von diesen Gerüchten ebenfalls hörte, veranlaßte Beobachtungen, und es ergab sich, daß Jeannin, ein Mann von 45 Jahren, der aus Mülheim im Elsaß stammt...

Sprechstunde für Elternbeiräte. Donnerstag nachm., 6-7 Uhr, in der „Freiheit“...

Eine Sitzung der Stadtverordneten-Versammlung findet am kommenden Donnerstag statt. Die Tagesordnung ist eine sehr umfangreiche; sie umfaßt nicht weniger als 47 Punkte.

Generalversammlung des Spandauer Konsumvereins. Die am 20. Mai 1921 tagende außerordentliche Generalversammlung des Konsumvereins „Mercur“ für Spandau und Umgegend...

Zu der Aushebung des Instituts für „Körperpflege“ (Mutator) in der Steglitzer Straße 40 bittet uns der geprüfte Kosmetiker und Heilgehilfe Georg Gottlieb aus der Gr. Hamburger Straße 15/16...

Von einem Frachtdampfer gerammt. Gestern vormittag 11 es einzigen Ausflugern, die sich in einem Segelboot auf der Dahme befanden, recht übel ergangen.

Wenn man ein brennendes Streichholz fortwirft! Durch eine oft geringe Unvorsichtigkeit hätte gestern leicht wieder ein großes Unheil passieren können.

Eine blutige Liebestragödie spielte sich am Sonnabend im Hause Elisabethstraße 61 ab. Die dort wohnende Schneiderin Gertrud Bessler geriet mit ihrem Bräutigam, dem in der Büchsenstr. 4 wohnhaften Arbeiter Leopold Buch, in einen heftigen Streit...

Vorausichtiges Wetter für Berlin und Umgegend am Dienstag, Freitag und überwiegend heiter, nachts kühl, in den Mittagsstunden ziemlich warm...

Gewerkschaftliches

Zunkermethoden

Wir haben wiederholt festgestellt, daß der Pommerische Landbund mit allen ihm zu Gebote stehenden Mitteln versucht, die Landarbeiter von ihrer Organisation, dem Deutschen Landarbeiter-Verband, fernzuhalten...

Der Einfluß des Pommerischen Landbundes macht sich in neuester Zeit auch in den einzelnen Kreisen des Regierungsbereiches Schneidemühl bemerkbar. So sind allein im Kreise St. Krone 200 Kündigungen von seiten des Deutschen Landarbeiter-Verbandes festgestellt worden.

Für die Landarbeiter aber muß dieser Fall eine Lehre sein, und zwar dahingehend, daß sie noch mehr als bisher für den Ausbau ihrer Organisation Sorge tragen, um diesem Herrenmenschen in der Landwirtschaft wirksam und erfolgreich entgegenzutreten zu können.

Betriebsrätelehre. Dienstag, den 24. Mai 1921, beginnen folgende Kurse: Sophien-Vlyzeum, Weimelerstr. 16-17: „Das Existenzminimum und seine Errechnung“...

Das Existenzminimum und seine Errechnung, abends 7 Uhr, Zimmer 25, Leibniz-Gymnasium, Mariannenplatz; Die rechtlichen und wirtschaftlichen Aufgaben der Betriebsräte, nachm. 5 Uhr, Zeichensaal, Volkshochschule und ihre Bekämpfung, abends 7 Uhr, Zeichensaal, Friedrich-Werder-Sches-Gymnasium, Buchener Straße 3b; „Lohnwesen“, nachm. 5 Uhr, Zeichensaal; „Das Existenzminimum und seine Errechnung“, abends 7 Uhr, Zeichensaal, Freigewerkschaftliche Betriebsrätezentrale, Engelufer Nr. 14-15, 2. Hof 1 Tr.; Wie sieht der Betriebsrat eine Bilanz? abends 7 Uhr, Zeichensaal, Anmeldungen aller gewerkschaftlich organisierten Arbeiter, Angestellten und Betriebsräte bei Beginn des Kurses in der Schule...

Die Lohnbewegung der Schwer- und Leichtfuhrwerksfahranten. Wie bereits mitgeteilt, konnte die eingetragene Forderung, da die Unternehmung jedes Zugstands abrechnen, eine Einigung zwischen den Parteien, dem Deutschen Transportarbeiter-Verband und der Fuhrbetriebe, am 18. d. M. erzielt werden. Der zur Entscheidung angerufene Schlichtungsausschuß...

